

Pressemitteilung

Nr. 009/2026

Kiel, 22.01.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Schwarz-grüne Energiepolitik: Trump statt Putin

Zur aktuellen Auswertung der Deutschen Umwelthilfe zu den deutschen LNG-Importen erklärt Sybilla Nitsch, wirtschafts- und energiepolitische Sprecherin der SSW-Landtagsfraktion:

Die Zahlen sind eindeutig: 96 Prozent der deutschen LNG-Importe stammen inzwischen aus den USA. Im Jahr 2025 wurden rund 101 Terawattstunden US-Gas nach Deutschland geliefert – ein Plus von mehr als 60 Prozent binnen eines Jahres.

Das ist nicht Diversifizierung, sondern neue Abhängigkeit. Die heißt jetzt nur nicht mehr Putin, sondern Donald J. Trump - ein Präsident, der offen mit Strafzöllen droht, Bündnisse infrage stellt und außenpolitische Eskalation als Druckmittel gegen Europa nutzt.

CDU und Grüne in Schleswig-Holstein tragen diesen Kurs nicht nur mit – sie treiben ihn voran. Brunsbüttel war kein Betriebsunfall, sondern politischer Wille der schwarz-grünen Landesregierung. Verfahren wurden beschleunigt, Einwände in den Wind geschlagen, Risiken klein gerechnet. Und obwohl längst klar ist, dass LNG keine kurzfristige Krisenreserve, sondern fossile Infrastruktur mit jahrzehntelanger Bindungswirkung ist, hält Schwarz-Grün an der Planung eines festen LNG-Terminals fest.

Die Landesregierung hat sich jahrelang hinter dem Argument versteckt, man habe keinen Einfluss auf Herkunft und Fördermethode des Gases. Alles mische sich im Markt. Dabei war von Anfang an klar, wo ein Großteil des

Gases produziert würde: In den USA, und zwar durch Fracking - einer Fördertechnologie, die so riskant und schadhaft für Umwelt und Klima ist, dass wir in Deutschland darauf verzichten.

Wir fracken nicht, wir lassen fracken. Wie man sich diese Doppelmoral schönreden kann, bleibt mir ein Rätsel. Dem Klima ist es ohnehin egal, wo das Methan in die Atmosphäre gelangt – die Folgen treffen uns trotzdem.

Während Bund und Land mit der CCS-Technologie bereits das nächste fossile Milliardengrab planen, fehlen beim Ausbau der Erneuerbaren, bei Netzen, Speichern und Energieeffizienz seit Jahren Tempo und Wille. LNG und CCS blockieren Investitionen in das, was wirklich zählt: Energiepolitische Unabhängigkeit und ein Planet, der auch kommenden Generation einen intakten Lebensraum bietet.

Für uns vom SSW besteht kein Zweifel: Schleswig-Holstein braucht keinen weiteren Ausbau der LNG-Infrastruktur. Kein festes Terminal in Brunsbüttel, kein weiteres Festhalten an fossilen Abhängigkeiten.

CDU und Grüne sollten endlich den Mut aufbringen, einen erkennbar falschen Kurs zu beenden.